

Leben usw. befassen. Die Filme werden in verschiedenen Sprachen synchronisiert, so vor allem englisch, französisch, spanisch, arabisch usw. Als Einstieg in die Serie dient ein 90-Minuten-Film - Titel "China sieht der Zukunft entgegen" -, der zu Beginn des Jahres 1988 herauskommen soll. Angesichts der jüngsten Unruhen in Tibet scheint es bemerkenswert, daß als zweiter Film ein 40-Minuten-Streifen unter dem Titel "Tibet: Heute und Gestern" zur gleichen Zeit verbreitet werden soll. Andere Bereiche, die in zeitlicher Reihenfolge als nächstes folgen, behandeln die Themen Wahlen, chinesisch-ausländische Gemeinschaftsunternehmen, ländliche Betriebe, Reformen städtischer Unternehmen, Erziehung, nationale Minderheiten, Frauen und Kinder usw. Die Filme sollen "wahrheitsgemäß, lebendig und für ein ausländisches Publikum geeignet" sein. Insgesamt sollen drei Expertengruppen nach Europa, Amerika und Afrika geschickt werden, "um die Ansichten des Publikums herauszufinden". Die Filme werden durch die Kulturabteilungen der chinesischen Botschaften und Konsulate sowie durch chinesische Filmeinrichtungen und Organisationen für chinesisch-ausländische Freundschaft und ausländische Fernsehstationen verteilt. (XNA, 16.11.87) -ma-

Innenpolitik

* (5)

Trennung Partei- und Regierungsfunktionen

Die seit Jahren anhaltende Diskussion um die Trennung der Aufgabenbereiche zwischen Parteikadern und Regierungsinstitutionen ist seit dem 13. Parteitag erneut verstärkt worden. Bereits im Vorfeld des Parteitages hatte Generalsekretär Zhao Ziyang in einer Rede vom 14. Oktober 1987 (vorbereitendes Treffen für das 7. Plenum des XII. ZK) intern erneut auf die Notwendigkeit rascherer Fortschritte hingewiesen. Bemerkenswert erscheint, daß Ausschnitte aus der Rede erst am 26. November 1987 auf der Frontseite der RMRB veröffentlicht wurden. Laut Zhao geht es in China - wie in allen sozialistischen Ländern, die um Reformen bemüht sind - vor allem darum, "die Schwächen zu beheben,

die aus der unklaren Abgrenzung von Partei- und Regierungsfunktionen entstehen... Dies ist ein großer Trend in den sozialistischen Ländern. Die Reform muß früher oder später durchgeführt werden... Es muß darauf hingewiesen werden, daß China eines der sozialistischen Länder ist, in denen Partei- und Regierungsfunktionen in einem ernsthaften Ausmaß vermengt sind."

Die Trennung der beiden Aufgaben und Entscheidungssphären ist laut Zhao deswegen so schwer zu bewerkstelligen, weil seit über 20 Jahren die Anerkennung des absoluten Vorranges der Partei in allen Sphären gewohnheitsmäßig zum Ausdruck der Loyalität gegenüber der Parteiführung geworden ist.

"Jede politische Kampagne hat dieses System weiter verstärkt und als Ergebnis dessen sind die Parteikomitees mit Verwaltungsangelegenheiten überhäuft und mußten große Büros mit einer Armee von hauptamtlichen Funktionären einrichten." Aufgrund dieser Entwicklung hätten die Parteifunktionäre im wesentlichen solche Arbeiten verrichtet, die eigentlich den unteren Angestellten zukommen. In der Tat wären die "Komitees in Verwaltung oder Betriebe umgewandelt" worden. Die Beschäftigung mit Routineangelegenheiten hätte zu einer Verminderung des klaren Blicks, der Weitsichtigkeit und des Denkens geführt. Nur wenn sich die Parteiorgane aus der Alltagsarbeit zurückzögen, wäre es der Partei möglich, "die Widersprüche ohne Schwierigkeiten zu lösen und die führende Rolle in der Koordinationsarbeit auf allen Gebieten zu spielen". Nur unter solchen Voraussetzungen sei es den Parteiorganisationen möglich, "die Überwachung wirklich durchzuführen".

Im Zusammenhang mit der angestrebten Trennung der verschiedenen Funktionsbereiche von Partei, Staat und Wirtschaft sollen die "27 Millionen Kader ganz Chinas in getrennte Management-Systeme eingestuft werden, die das gegenwärtige System aufheben, wonach alle Kader dem Management der zentralen oder örtlichen Parteiorganisationsabteilungen unterstehen."

Zeitlich soll zuerst das Personal von Regierungsabteilungen aus dem bisherigen System herausgelöst werden, "um ein System des öffentlichen Dienstes zu errichten". Das Verwaltungspersonal soll durch

"eine spezielle Institution unter dem Staatsrat verwaltet" werden. Verschiedene andere Systeme sollen nach und nach eingeführt werden, "um die führenden Mitglieder und das Arbeitspersonal der Parteiabteilungen, der Abteilungen der Staatsverwaltung, der Gerichte und Staatsanwaltschaften sowie führenden Personal und Mitglieder der Massenorganisationen und das Managementpersonal der Unternehmen und Einrichtungen zu verwalten", wobei jeder Bereich "nach seinen besonderen Notwendigkeiten und Bedingungen" gestaltet werden soll.

Diese Absichtserklärungen gehen auf die Aussagen des Generalsekretärs Zhao Ziyang in seiner Rede während des 13. Parteitages zurück, in der er gefordert hatte, "verschiedene Methoden zur Verwaltung des Personals in den verschiedenen Kategorien zu erarbeiten. Dies sollte in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Trennung von Partei und Regierung, der Trennung der Regierungsaufgaben von denen der Betriebe" herausgearbeitet werden. Ferner müsse sichergestellt sein, daß die "für die Personalverwaltung Zuständigen über ein fachliches Wissen verfügen, damit sie ihre Arbeit sachverständiger tun".

Zu der Gesamtkaderschaft von 27 Millionen gehören nicht nur die Kader aus Partei- und Regierungsabteilungen, "sondern auch mehr als 350.000 Personen des Rechtspersonals, 10,8 Mio. Personen in den Abteilungen für Erziehung, öffentliche Gesundheit und Wissenschaft und Technologie sowie 10,3 Mio. Managementpersonen in den Betrieben." Von der Gesamtkaderschaft können "nur rd. 4 Mio., die in den Regierungsabteilungen arbeiten, wirklich öffentliche Bedienstete genannt werden, die entweder in politischer Arbeit oder fachlicher Arbeit beschäftigt sind." (XNA, 19., 27.11.87; SWB 28.11.87) -ma-

* (6)

Rehabilitierungen abgeschlossen

Während der 16. Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI. Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes wurde bekanntgegeben, daß nach vierjährigen Untersuchungen alle Mitglieder des Nationalen Komitees der Politischen Konsultativkonferenz, die während der Kulturrevolution aus irgend-

einem Grund fälschlich angeklagt und verurteilt wurden, in der Zwischenzeit rehabilitiert worden seien. "Die falschen politischen Schlußfolgerungen im Hinblick auf ihre Fälle sind angemessen ausgeräumt worden, indem die Akten vernichtet wurden." Insgesamt hatten 530 Mitglieder Petitionen eingereicht, damit "ihre Fälle entsprechend der gegenwärtigen Politik behandelt" würden. In 522 Fällen seien die Probleme gelöst worden. Vor allem ging es um die Neuüberprüfung politischer Anschuldigungen sowie um die Einbeziehung von Eigentum, insbesondere Wohnungseigentum. (XNA, 17.11.87) -ma-

*(7)

Entwicklung der Städte, die gesondert im Staatsplan enthalten sind

In der Shanghaier Zeitschrift *Shijie Jingji Daobao* vom 26. Oktober 1987 erschien ein Artikel, der sich mit den Problemen jener Städte befaßt, die gesondert im Staatsplan aufgeführt werden. Es folgen wichtige Passagen aus diesem Artikel:

Zwischen Februar 1983 und Februar 1987 genehmigten das Zentralkomitee der KPCh und der Staatsrat nach und nach die separate Führung von neun Städten im Rahmen des Staatsplanes. Es handelt sich um die Städte Chongqing, Wuhan, Shenyang, Dalian, Guangzhou, Xi'an, Harbin, Qingdao und Ningbo. Sie sind mit provinzgleichen Wirtschaftsverwaltungsrechten ausgestattet. In der Zwischenzeit haben sie Experimente bei der systematischen Wirtschaftsstrukturreform durchgeführt.

Gegenwärtig gibt es zwei Probleme mit diesen Städten: (1) Die Arbeit der separaten Führung der Städte im Staatsplan und die Ausstattung mit provinzgleichen Wirtschaftsverwaltungsrechten ist nicht vollendet und ist nicht durch Gesetze geschützt. (2) Es ist keine Übereinstimmung hinsichtlich dieser Städte erreicht worden, und es gibt noch viele Kontroversen. Deshalb ist es nötig, diese kontroversen Themen zu studieren.

Genossen, die sich über dieses Projekt Gedanken machen, haben folgende Ansicht geäußert: Die separate Führung von Städten im Staatsplan ist ein Ergebnis der verwaltungsmäßigen Trennung der Macht. Einige ausländische Wirtschaftsexperten sind der folgenden

Meinung: Seit 1982 habe China die Maßnahme ergriffen, der Rolle der Schlüsselstädte größere Bedeutung zu geben, um die Kontrolle der lokalen Regierungen zu schwächen, und um die Verwaltungsbarrieren zu beseitigen, die den Ressourcenfluß blockieren. Gleichwohl hätten sich solche Wünsche, die auf die Lösung des Problems durch administrative Mittel zielen, noch nicht voll erfüllt. Einige Genossen, die solche Probleme aus dem Blickwinkel der politischen Strukturreform ansehen, warnen sogar massiv: Der Trend der administrativen Trennung der Macht ist außergewöhnlich gefährlich.

Was nun die gesonderte Führung der Städte im Staatsplan und die administrative Trennung der Macht angeht, so möchten wir folgendes ausführen:

(1) Der wichtigste Zweck der gesonderten Führung von Städten im Staatsplan besteht darin, die Verhältnisse zwischen den zentralen Behörden, Provinzen und Städten zu adjustieren, und zwar in Bezug auf Pflichten, Rechte und Nutzen. Soweit es sich um die Form handelt, gehört dies zur verwaltungsmäßigen Trennung der Macht. Gleichwohl sollten wir diese wichtige Reformmaßnahme nicht negieren.

Um die Wirtschaft zu beleben und die Städte zu stärken, sollten Anstrengungen unternommen werden, Regierungsorgane zu modernisieren und die Macht zu delegieren. Da das administrative Planungssystem mit der Betonung der Trennung von Geld und materiellen Gütern noch nicht vollständig reformiert worden ist, stellt die Methode der separaten Führung der Städte im Staatsplan eine effektive Art und Weise dar, die Macht einer kleinen Anzahl großer Städte auszudehnen und diesen Schlüsselstädten eine größere Rolle einzuräumen. Die Praxis zeigt, daß diese wichtige Maßnahme nicht nur die Reform der Städte, sondern auch die Wirtschaftskraft der Städte fördert und die wirtschaftliche Entwicklung der Gebiete um die Städte herum anregt. Der Status der Städte im gesamten Wirtschaftsverwaltungssystem ist gestärkt worden, um in Übereinstimmung zu sein mit der wirtschaftlichen Position und der Rolle der Städte. Dies wird verschiedene Wirtschaftsverwaltungsabteilungen auf Provinzebene veranlassen, ihre Verwaltungsorgane zu rationalisieren und die Macht zu delegieren.

Aufgrund der Tatsache, daß sich das Marktsystem in unserem Lande immer noch im Stadium der Entwicklung befindet, können die Funktionen unserer Stadtregerungen, zumindest in der gegenwärtigen Zeit, nicht so einfach sein wie jene der Stadtregerungen in wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern. Neben der Aufgabe, die Grundversorgung zu entwickeln und öffentliche Dienstleistungen zur Verfügung zu stellen, sollten unsere Stadtregerungen auch eine Serie externer wirtschaftlicher Beziehungen der Unternehmen koordinieren, wie z.B. die Allokation von Energie, Finanzmitteln, Produktionsmitteln, Arbeitskräften usw., und den Markt organisieren und entwickeln. In der Zwischenzeit müssen die Stadtregerungen Gebrauch von entsprechenden administrativen Maßnahmen machen, um an der Verbesserung der Preisverhältnisse teilzunehmen und die Reform des Finanz-, Steuer- und Monetärsystems zu fördern. Wirtschaftsverwaltungsbefugnisse hängen immer noch in einem großen Ausmaße von Verwaltungsbefugnissen ab. Deswegen ist das Vorgehen nach der Methode der Trennung der Verwaltungsbefugnisse im Prozeß der Reform unvermeidlich.

(2) Obgleich die separate Führung von Städten im Staatsplan zur verwaltungsmäßigen Trennung der Gewalt bezüglich der Form gehört, so bedeutet diese Reform nicht nur eine Wiederherstellung der verwaltungsmäßigen Trennung der Macht unter dem traditionellen System. Was den Inhalt angeht, so geht die Bedeutung der separaten Führung der Städte weit über den Bereich der verwaltungsmäßigen Trennung der Macht hinaus.

In der gesamten neuen Wirtschaftsverwaltungs- und Organisationsstruktur gibt es keinen Zweifel darüber, daß die Städte eine wichtige Rolle gespielt haben. Städte sind sowohl Zentren der Marktaktivität und Drehscheiben der makro- und mikrowirtschaftlichen Aktivität. In Übereinstimmung mit dem Ziel der Reform, daß der Staat den Markt kontrolliert und die Märkte die Unternehmen führen, ist die Stadtregerung ein Zwischenglied in dem gesamten makroökonomischen Kontrollmechanismus. Die separate Führung von Städten im Staatsplan ist eine wichtige Maßnahme zur Erreichung eines solchen Reformzieles.

Obgleich die separate Führung von Städten keinen Wechsel des Verwaltungssystems involviert, so ver setzt es doch die Städte in die Lage, Wirtschaftsverwaltungs kompetenzen von Verwaltungskompe tenzen zu trennen. Das Ziel liegt darin, traditionelle Verwaltungshemmnisse zu beseitigen, die die Machtdelegierung blockieren, und nach und nach die Situation zu verändern, nach der die Wirtschaftsverwaltungsmacht von der Verwaltungsmacht auf der gleichen Ebene abhängt. Verglichen mit den früheren Wirtschaftsverwaltungs- und Organisationssystemen ist dies ein Durchbruch. Mit der allmählichen Abtrennung der ökonomischen Aktivitäten der Unternehmen von der Regierungsverwaltung werden sich auch die Wirtschaftsverwaltungs methoden der Stadtregierungen ändern, und zwar von der direkten Kontrolle, die im wesentlichen auf administrativen Methoden beruhte, zur indirekten Kontrolle, die sich im wesentlichen wirtschaftlicher und rechtlicher Methoden bedient.

Seit dem Beginn der gesonderten Führung der Städte im Staatsplan im Jahre 1983 sind einige nicht-koordinierte Verhältnisse zwischen gewissen Städten und Provinzen, zwischen den Arbeitsabteilungen in Städten und Provinzen entstanden. Zeitweise waren die Probleme recht ernst. Einige Genossen haben all dies der gesonderten Führung der Städte zugeschrieben.

Nach unseren Erfahrungen, die wir in den letzten Jahren im Rahmen der Arbeit mit den Städten und der Koordinierung der Verhältnisse zwischen Provinzen und Städten gewonnen haben, sind wir generell der Überzeugung, daß die Widersprüche zwischen Provinzen und Städten in drei Kategorien zerfallen: (1) Ein Widerspruch, der im Prozeß der Revision von Planzielen und der Readjustierung von Finanzverhältnissen entstanden ist. (2) Ein Widerspruch, der entstanden ist wegen der Tatsache, daß Planziele gewisser Städte und die Wirtschaftsverwaltungsmacht auf der Provinzebene nicht in Kraft getreten sind; der gegenwärtige Widerspruch zwischen Provinzen und Städten beruht im wesentlichen auf diesen Verhältnissen. (3) Ein Widerspruch, der entstanden ist wegen der Reibungen zwischen den tatsächlichen Arbeitsabteilungen der Provinzen und der Städte in ihren routinemäßigen Verwaltungsarbeiten.

Schließlich werden in dem Dokument Vorschläge für die Verbesserung der Reform hinsichtlich der gesondert geführten Städte gemacht. Vier Punkte werden genannt:

(1) Mit der Vertiefung der finanziellen Strukturreform werden spezialisierte Banken und Versicherungsgesellschaften in Unternehmen verwandelt. Da es lokalen Regierungen nicht gestattet ist, in Finanz- und Versicherungsangelegenheiten zu intervenieren, ist es unnötig, diesen Teil der wirtschaftlichen Verwaltungsmacht auf Provinzebene zu delegieren.

(2) Mit dem Fortschritt in der Reform des Steuersystems werden in Zukunft verschiedene Arten von Steuern voneinander getrennt werden. Die lokalen Regierungen und die Zentralregierungen werden unterschiedliche Steuern erheben, und die Anteile dieser Steuern werden readjustiert. Die sog. Befugnis, Steuern auf Provinzebene zu erheben, ist nicht länger sinnvoll.

(3) Mit der Reform des materiellen Verteilungssystems und der Öffnung der Märkte für Produktionsmittel wird die materielle Verteilungsbefugnis der Regierungen auf allen Ebenen nach und nach in die Befugnis verwandelt, die Märkte zu überwachen und die Verwaltung auszuüben. In der Zwischenzeit wird das direkte Verwaltungssystem in eine Verwaltung verändert werden, die auf dem Rechtssystem beruht.

(4) Im Verlauf des Austausches des alten Wirtschaftsstruktursystems durch ein neues wird der Warenpreis zu einem sensitiven Problem. Um strikte Kontrolle über den Preis hinweg ausüben zu können, ist es manchmal schwierig, die Steuerung der Warenpreise auf Provinzebene an die gesondert geführten Städte ohne Vorbedingungen zu delegieren. (Shijie Jingji Daobao, 26.10.87, zit. nach SWB, 18.11.87) -lou-

***(8) Stärkere politische Beteiligung von Frauen gefordert**

Während einer Konferenz des Gesamtchinesischen Frauenverbandes vom November 1987 in Beijing forderte die Vizepräsidentin des Verbandes Zhang Guoying in der Zukunft eine wesentlich höhere "Beteiligungsquote der Frauen in

der chinesischen Regierung und in politischen Angelegenheiten". Ein verstärktes Engagement der Frauen im politischen Bereich sei eine der wichtigen Voraussetzungen "zur Förderung des Status der Frauen". Auf örtlicher Ebene haben Frauenorganisationen bei der Auswahl von weiblichen Kandidaten für die örtlichen Volkskongresse und die örtlichen Ausschüsse der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes bisher "bereits eine aktive Rolle" gespielt. Auf Provinz- und Zentralebene seien Frauen jedoch stark unterrepräsentiert.

"Während die gegenwärtige Reform die Möglichkeiten für eine Beteiligung der Frauen bei sozialen Angelegenheiten erhöht haben und während sich viele Frauen ausgezeichnet haben, stellt der Wettbewerb, der sich aus der Reform ergibt, neue Herausforderungen an die Frauen."

Vor allem müsse der Bildungsstandard der weiblichen Bevölkerung deutlich gehoben werden, "damit sie für den harten Wettbewerb vorbereitet sind".

In diesem Zusammenhang scheint ein Treffen von über 70 Frauen mit zwei weiblichen Parteivertretern aus Chongqing am Rande des 13. Parteitages der Kommunistischen Partei Chinas von Interesse. Die Fragen der Teilnehmerinnen an diesem Treffen werfen ein beachtliches Licht auf die gegenwärtige Rolle der Frauen in der Politik. So wurde u.a. gefragt, "warum es keine Frauen im Politbüro, im Ständigen Ausschuß des Politbüros und im Sekretariat des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas gibt". Die Antwort blieb unverbindlich: "Das ist schade, und es zeigt die Notwendigkeit, das Format der Frauen im Verlaufe der Reformen zu verbessern." Ferner wurde kritisch gefragt, weshalb vor allem Frauen mit einer fortgeschrittenen Bildung in ihrer beruflichen Laufbahn Diskriminierungen unterliegen. So "weigern sich eine Reihe von Fabriken, Frauen mit abgeschlossener Hochschulbildung, die ihnen zugewiesen werden, zu akzeptieren." Als Antwort diente die nichtssagende Floskel, "daß die Frauen sich bemühen müssen, ihren eigenen gesellschaftlichen Status zu erhöhen, statt sich ausschließlich auf die Politik zu ihrem Schutz zu verlassen." Sie mögen "ihre Fähigkeit und ihr Talent beweisen", insbesondere weil die "Politik zur För-

derung einer marktorientierten Wirtschaft den Wettbewerb zwangsläufig erhöhen muß."

Eine weitere Teilnehmerin, die "als Mädchen vom Lande gegenwärtig als Dienstmädchen in einer Chongqing-Familie arbeitet", bemängelte, daß "Zhao Ziyangs Bericht nichts über Mädchen wie mich enthält". Die Antwort, die offensichtlich ernst gemeint war, klingt zynisch: "Machen Sie sich keine Sorgen. Sie sind in der Tat im Dienstleistungsbereich beschäftigt, den die Regierung ermutigt." (XNA, 26. u. 27.11.87) -ma-

* (9)

Politische Erziehung für Parteimitglieder

Die politische Erziehung der Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas soll nach einem Bericht der RMRB vom 16. November 1987 in Zukunft verstärkt darauf abzielen, die neue sogenannte "Grundlinie der Partei während des Anfangsstadiums des Sozialismus" jedermann bewußt zu machen. Eine solche "Grundlinienerziehung" sei wesentlich, "um die Ansichten der Parteimitglieder zu vereinheitlichen, die Bevölkerung des ganzen Landes zu vereinen und die gegenwärtige Reform zur Förderung des Sozialismus mit chinesischer Prägung zu beschleunigen".

Die "Grundlinie der Partei für das Anfangsstadium des Sozialismus" wurde durch Zhao Ziyang persönlich während des 13. Parteitages verkündet. Es handelt sich dabei um den Versuch der reformorientierten Strömung in der Parteiführung, ein politisch-ideologisches Mischprogramm zu erstellen, das für alle Flügel der KPCh akzeptabel ist. Indirekt geht diese Tatsache auch aus der Aussage hervor, daß "die Grundlinie in Übereinstimmung mit Chinas tatsächlichen Bedingungen erarbeitet" worden sei und daß sie den "Schlüssel für die Anerkennung der nationalen Bedingungen Chinas" darstelle und "Links- wie Rechtsabweichungen vermeide". Offizielles Fernziel der "Grundlinie" ist es, "die Menschen aller Nationalitäten des Landes in einer geeinten, eigenständigen, intensiven und pionierhaften Anstrengung zu führen, um China in ein wohlhabendes, starkes, demokratisches, kulturell fortgeschrittenes und modernes sozialistisches Land zu verwandeln, indem man die wirtschaftliche Entwicklung zur

zentralen Aufgabe macht und gleichzeitig sowohl an den vier Grundprinzipien festhält als auch mit der Reform und der Politik der Öffnung nach außen fortfährt."

Bei allen Bemühungen um eine konsensfähige Linie gehen die Befürworter und Vertreter der "Grundlinie" jedoch eindeutig vom Primat wirtschaftlicher Erwägungen aus. "Durch die Erziehung werden die Parteimitglieder besser verstehen, daß die Entwicklung der Produktivität der Ausgangspunkt unserer Betrachtung bei der Lösung von Problemen ist und der grundlegende Standard zur Überprüfung aller Arbeit." Es muß allen Parteimitgliedern klar werden, daß "die Zukunft zwar leuchtend ist, aber der Weg zu ihr ist mühsam und holprig, und es ist notwendig, ihn jeweils Schritt für Schritt zu gehen."

In weiteren Artikeln, so u.a. vom 19. November 1987 führt die RMRB weiter aus, daß die "Grundlinienerziehung" nach dem Prinzip "ein Mittelpunkt und zwei Grundpunkte" charakterisiert sei. Der "eine Mittelpunkt" bezieht sich auf die Tatsache, daß der "wirtschaftliche Aufbau den Mittelpunkt" darstelle. Die "zwei Grundpunkte" sind Umschreibungen für die "vier Grundprinzipien" und das Festhalten an der Reform und der Öffnungspolitik". Die Kombination dieser beiden Bereiche stelle den "wesentlichen Inhalt der Grundlinie der Partei während des Anfangsstadiums des Sozialismus" dar. Sie sei das Ergebnis der "guten und bitteren Erfahrungen der Partei in mehr als 30 Jahren des Auf- und Abs im sozialistischen Aufbau". Man habe es in dieser Zeit versäumt, den wirtschaftlichen Aufbau zum Mittelpunkt zu machen. "Der starke Gegensatz zwischen den vorangehenden 20 Jahren und den letzten 9 Jahren zeigt, daß die Frage, ob man den wirtschaftlichen Aufbau zum Mittelpunkt macht, eine wichtige Angelegenheit für das Schicksal von Partei und Staat ist sowie für das Schicksal der Bevölkerung aller Nationalitäten des Landes. In dieser Angelegenheit liegt der Schlüssel, ob die sozialistische Sache erfolgreich sein oder fehlschlagen wird." Ferner zeigt die Geschichte der Partei, "daß unser früheres Verständnis des Sozialismus bei weitem nicht vollständig war und in mancher Hinsicht auch falsch. Die verknöcherten Strukturen, die sich über eine lange Zeit hinweg als Ergebnis dieser Art von

Verständnis formten ... haben die Entwicklung der Produktivkräfte ernsthaft beeinträchtigt, und die Reform war die einzige Wahl, die wir hatten, um diese Kräfte zu entwickeln."

Aus diesem Grunde, so wird betont, "halten wir die vier Grundprinzipien nicht deswegen aufrecht, um uns an irgendein theoretisches Dogma zu klammern, und wir halten nicht an der Reform und der Öffnungspolitik fest, um irgendein ausländisches Muster zur Gänze zu schlucken. Das einzige Kriterium ist in diesem Zusammenhang, ob solche Dinge der Entwicklung der Produktivkräfte nützlich sind oder nicht."

Angesichts der "nationalen Bedingungen" Chinas muß davon ausgegangen werden, daß die Konzeption "ein Mittelpunkt und zwei Grundpunkte" für lange Zeit das Bewußtsein der Parteimitglieder bestimmen soll. "Während des gesamten Anfangsstadiums des Sozialismus müssen wir die Entwicklung der Produktivkräfte als unsere grundlegende Aufgabe betrachten ... Das ist ein langfristiger Plan für bis zu 100 Jahren ... Ist das nicht ein bißchen zu lang? Angesichts der Wirklichkeit ist das nicht zu lang. Die Entwicklung der Produktivkräfte ist nicht wie das Aufblasen eines Ballons, der schnell anschwillt, wenn man ihn aufbläst. Sie kann nur durch starke und langfristige Bemühungen fortschreiten." (XNA, 16.11.87; SWB, 24.11.87) -ma-

* (10)

Ergebnisse des Stichprobensensus 1987

Im November 1987 hat das Staatliche Statistische Amt der VR China die Ergebnisse des im Juli 1987 auf Anordnung des Staatsrats durchgeführten Stichprobensensus bekanntgegeben (vgl. RMRB, 12.11.87). Die Stichprobenerhebung wurde bei 1% der Bevölkerung vorgenommen, und zwar wurden über 10,7 Millionen Menschen aus 1.045 Kreisen aus allen 29 Provinzeinheiten ausgewählt. Im folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Stichprobe wiedergegeben:

1. Gesamtbevölkerungszahl: Sie wird per 1. Juli 1987 mit 1.072.330.000 angegeben (1982: 1.008.180.000). Die durchschnittliche jährliche Zuwachsrate der Bevölkerung in diesen fünf Jahren soll 1,24% betragen haben.

2. Geburten- und Sterberate: Für 1987 wurde eine Geburtenrate von 21,2 pro Tausend und eine Sterberate von 6,4 pro Tausend errechnet. Daraus ergibt sich eine natürliche Zuwachsrate von 14,8 pro Tausend. 3. Zusammensetzung der Bevölkerung nach Geschlecht: 51,1% der Bevölkerung sind männlichen, 48,9% weiblichen Geschlechts, d.h. auf 100 Frauen kommen 104,5 Männer.
4. Zusammensetzung nach Altersgruppen: Der Anteil der Kinder bis zu 14 Jahren ist von 1982: 33,45% auf 28,68% gesunken. Der Anteil der 15- bis 64-jährigen ist von 1982: 61,66% auf 65,86% angestiegen. Der Anteil der alten Menschen (also der über 65jährigen) hat sich im gleichen Zeitraum von 4,89% auf 5,46% erhöht. Der Mittelwert hinsichtlich des Alters der Bevölkerung beträgt gegenwärtig 24,2 Jahre gegenüber 22,9 Jahre 1982.
5. Zusammensetzung nach Bildungsgrad: Die Bildungsstruktur hat sich gegenüber 1982 wie folgt verändert: Auf jeweils 100.000 Personen entfielen 1987: 884 Personen mit Hochschulbildung (1982: 617), 6.996 Personen mit Mittelschuloberstufenbildung (1982: 6.784), 21.322 Personen mit Mittelschulunterstufenbildung (1982: 17.884) und 36.114 Personen mit Grundschulbildung (1982: 35.256). Daraus ergibt sich, daß die Zahl der Personen mit Hochschulbildung am schnellsten zugenommen hat, nämlich in 5 Jahren um 43,27%; das bedeutet eine durchschnittliche jährliche Zunahme um 7,5%. Der Anteil der Analphabeten und halben Analphabeten (darunter fallen Personen ab 12 Jahren, die entweder keine oder sehr wenige Schriftzeichen kennen) ist von 23,6% im Jahre 1982 auf 20,6% 1987 gesunken, d.h. die Analphabetenrate hat sich in diesem Zeitraum um 3% verringert.
6. Nationalitäten: Während der Anteil der nationalen Minderheiten an der Gesamtbevölkerung 1982 noch 6,7% betrug, ist er 1987 auf 8,0% angestiegen.
7. Bevölkerung nach Haushalten: 98,2% der Bevölkerung lebt in Familienhaushalten. Ein Haushalt umfaßt durchschnittlich 4,2 Personen; 1982 waren es noch 4,4 Personen, d.h. die Familien sind durchschnittlich um 0,2 Personen kleiner geworden.

8. Städtische Bevölkerung: Der Anteil der in Städten und Marktflecken (shi und zhen) lebenden Bevölkerung ist von 20,6% 1982 auf nunmehr 37,1% angestiegen. Dabei hat sich der Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung von 14,4% auf 19,0% und der in Marktflecken von 6,2% auf 18,1% erhöht. In der Zunahme der städtischen Bevölkerung, so heißt es, spiegelt sich die zunehmende Verstädterung infolge der Reform- und Öffnungspolitik und der wirtschaftlichen Entwicklung wider. Es gelte jedoch zu berücksichtigen, daß aufgrund von Änderungen in der administrativen Gebietseinteilung zur städtischen Bevölkerung auch ein Teil der ländlichen Bevölkerung gezählt wird.

Geht man davon aus, daß die aufgrund der Stichprobenerhebung errechneten Zahlen stimmen, so fällt zunächst auf, daß die jährliche Zuwachsrate der Bevölkerung seit dem Zensus von 1982 gestiegen ist (vgl. Punkt 2). Dies ist Ausdruck der Schwierigkeiten, auf die die offizielle Politik der Familienplanung bei der chinesischen Bevölkerung stößt. Trotzdem ist die Geburtenregelung nicht ohne Erfolg geblieben, wie die Veränderungen der Altersstruktur (Sinken des Anteils der Kinder, Steigen des Anteils der älteren Bevölkerungsgruppen, vgl. Punkt 4) und die Verringerung der Zahl der Mitglieder pro Familie (vgl. Punkt 7) zeigen.

Des weiteren ist hinzuweisen auf die relativ starke Zunahme der nationalen Minderheiten, deren Anteil nunmehr 8% der Gesamtbevölkerung ausmacht (vgl. Punkt 6). Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Vorschriften für die Familienplanung bei den Minderheiten weniger streng gehandhabt werden. Diesem Problem werden die Chinesen in Zukunft zweifellos mehr Beachtung schenken. Der Gesichtspunkt des wachsenden Anteils der nichtchinesischen Bevölkerung wird mit Sicherheit Auswirkungen auf die gesamte Nationalitätenpolitik haben.

Hervorzuheben ist auch die zunehmende Verstädterung (vgl. Punkt 8). Obgleich nicht erkennbar ist, welche Faktoren außer Änderungen der Gebietseinteilung bei der Zunahme der städtischen Bevölkerung noch eine Rolle spielen, scheint soviel klar zu sein, daß das starke Anwachsen der Bevölkerung in den

Marktflecken auf die Reform im ländlichen Bereich zurückzuführen ist. Es ist das Ergebnis der offiziell geförderten Politik, überschüssige Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft in die kleinen Ortschaften übersiedeln zu lassen, wo sie nichtlandwirtschaftlichen Beschäftigungen nachgehen. Der Staat wird dem Problem der zunehmenden Urbanisierung und den damit möglicherweise verbundenen negativen Folgen künftig verstärkte Aufmerksamkeit schenken müssen.

Nicht zuletzt werden die Erhebungsergebnisse hinsichtlich des Bildungsstands der Bevölkerung zu Konsequenzen führen. Angesichts der Tatsache, daß in den letzten fünf Jahren der Anteil der Personen mit Hochschulbildung am schnellsten gewachsen ist, wird in der Bildungspolitik eine Schwerpunktverlagerung von der Förderung des Hochschulsektors zum verstärkten Ausbau des ländlichen Erziehungswesens erfolgen müssen. Erste Schritte in diese Richtung werden bereits unternommen. -st-

*(11)

Meinungsanhörung Nicht-KP-Mitglieder

Im Anschluß an den 13. Parteitag fand eine Sonderkonferenz des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas unter Teilnahme des Generalsekretärs Zhao Ziyang statt, "um Meinungen und Vorschläge von rd. 150 Nichtmitgliedern der Kommunistischen Partei Chinas und Führern der demokratischen Parteien Chinas anzuhören". Den Vorsitz der Konferenz leitete Hu Qili, Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros. Weitere Teilnehmer waren der neue Ministerpräsident Li Peng sowie die Zhou Enlai-Witwe Deng Yingchao und Xi Zhongxun, ein kommunistischer Veteran. Während des Treffens gab Generalsekretär Zhao einen kurzen Überblick über die politische Entwicklung Chinas 1987. Er betonte einerseits, daß "ständiger Fortschritt bei der Begrenzung des Trends der bürgerlichen Liberalisierung" gemacht worden sei und daß die politische Situation gegenwärtig durch "Stabilität und Einheit gekennzeichnet" sei. Andererseits seien "verschiedene Reformen verstärkt durchgeführt worden und die Geschwindigkeit der Reform sei erhöht worden."

Mit seinen Aussagen steckte Zhao offensichtlich den Rahmen für die "Meinungen und Ratschläge" der Teilnehmer ab. Insgesamt dauerte die Konferenz drei Stunden, wobei sich die Geladenen in erster Linie zu Fragen der "Erziehung, Wissenschaft und Technologie, der Behandlung von Intellektuellen und Angelegenheiten der nationalen Minderheitsgruppen und der Religion" äußerten. Es bleibt abzuwarten, ob die Konferenz dazu beitragen kann, die Unsicherheiten, die zu Beginn des Jahres 1987 aufgetreten waren, wirklich abzubauen. (XNA, 16.11.87) -ma-

*(12)

Zunehmende Meinungsumfragen

Meinungsbefragungen sind in Guangzhou zu einem beinahe alltäglichen Ereignis geworden. "Es ist heute keineswegs selten, eine große Menge von Menschen zu sehen, die Fragebögen ausfüllen, während andere an den Straßenecken stehen oder hocken." Das Guangzhou-Institut für Journalismus hat kürzlich sogar eine Meinungsumfrage dazu durchgeführt, "welche Haltung die Menschen gegenüber Meinungsumfragen haben". Ergebnis dieser Umfrage ist, daß "41,8% der Befragten daran sehr interessiert und 51,3% interessiert sind. 6,2% nehmen eine gleichgültige Haltung ein".

Unter den Befragten befanden sich Kader, Arbeiter, Intellektuelle, Studenten, Soldaten, private Händler und Personen "ohne ständige Beschäftigung". Bemerkenswert erscheint, daß Meinungsumfragen offensichtlich als Teil der "Demokratisierung" des Lebens betrachtet werden. "Zeitschriften und Zeitungen, die in den letzten Jahren gegründet wurden, behaupten häufig, daß es ihr Ziel sei, die öffentliche Meinung zu sammeln und widerzuspiegeln." So hat zum Beispiel die Zeitschrift *Moderne Menschen*, die seit September 1985 erscheint, bisher fünf Meinungsumfragen vorgenommen. Eine andere Zeitschrift, *Fenster des Südwindes*, ist noch fragefreudiger gewesen. Sie führte während der letzten beiden Jahre 12 Befragungen durch, wobei sie "einen weiten Bereich an Themen abdeckte einschließlich der Bewertung des Arbeitsstils von Kadern, der Beziehung zwischen dem kulturellen und materiellen Leben und dem Wohnungsproblem und der Stadtverwaltung".

Bisher sind die Zeitungen von den örtlichen Behörden in ihren Befragungen nicht behindert, z.T. sogar unterstützt worden, da auf diese Art verhältnismäßig gefahrlos Problembereiche entdeckt und möglicherweise auch bewältigt werden können. Ein Musterbeispiel hierfür ist eine Umfrage des *Fenster des Südwindes* unter dem Thema "Wenn Sie Bürgermeister wären, welches Problem würden Sie zuerst lösen?". Die Reihenfolge der Antworten war wie folgt: Wohnungsproblem, Verkehrsproblem, Arbeitsstil der Kader, Preiserhöhung, Erziehung, Effizienz der Verwaltungsorgane usw. (XNA, 14.11.87) -ma-

*(13)

Bevölkerung für politische Reformen

Nach einer Meinungsbefragung des Beijing Instituts für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften vom Herbst 1987 "begrüßen mehr als zwei Drittel der Bürger Chinas die bevorstehende Reform des politischen Systems". Die Meinungsumfrage wurde in 22 Provinzen, Städten und autonomen Gebieten des Landes durchgeführt. "Es gingen über 3.200 Antworten auf die Fragebögen aus einem breiten Spektrum der Gesellschaft ein." Auf die verschiedenen Fragebereiche gab es die folgenden Antworten:

1. Patriotismus: 94% der Befragten stimmten dem Sprichwort zu, wonach jedermann für den Aufstieg und Fall der Nation mitverantwortlich sei. 75% lehnten die Aussage ab, daß "es vernünftig ist, das Land nicht zu lieben, wenn es einen enttäuscht".
2. Staat: 84% der Befragten waren der Meinung, daß sich jedermann mit Staatsangelegenheiten befassen sollte, und 72% hielten "Mängel im politischen System für einen Teil der Ursachen des langsamen Fortschritts Chinas".
3. Politisches System: 67% meinten, daß das politische System "reformiert werden sollte, um die Probleme des Personals, der Verwaltungseffizienz, des Arbeitsstils der Partei, der Verwaltungsdisziplin, der politischen Entscheidungen, des Rechts usw. zu lösen, um so die Modernisierung Chinas zu beschleunigen.

4. Reformwiderstand: 58% waren der Meinung, daß die politische Reform auf Widerstände stoßen würde, wobei "solche Probleme im Verlauf der Reform gelöst werden können, während 10% der Ansicht sind, daß die Reform auf jeden Fall weitergeführt werden soll".

5. "Ein Land, zwei Systeme": die Taiwan-Frage und "die Wiederherstellung der Souveränität über Hongkong und Macau" wurde von den Befragten nicht zu den Vorrangproblemen des Landes gezählt.

(XNA, 29.10.87) -ma-

*(14)

Tibet-gehört-zu-China-Ausstellung

Nach dem Vorbild der zwischen Vietnam und der Volksrepublik China umstrittenen Xisha-Inseln im Südchinesischen Meer hat die chinesische Kulturpolitik begonnen, den Anspruch Chinas auf Tibet zu "festigen". Im Falle der Xisha-Inseln sollte eine Ausstellung archäologischer Funde dazu dienen, den historisch verbürgten Anspruch Chinas zu dokumentieren. Im November 1987 wurde in Lhasa eine "Ausstellung tibetischer Gedenkstücke" eröffnet, die "Zeugnis dafür ablegt, daß Tibet seit langem ein untrennbarer Teil Chinas ist". Insgesamt umfaßt die Ausstellung "über 70 Gedenkstücke und 45 Karten und Photographien", die "die Verbindung zwischen Tibet und dem Rest Chinas seit der Zeit der Tubo, der Ahnen der heutigen Tibeter, aufzeigen". Veranstalter der Ausstellung ist das sog. Verwaltungskomitee der autonomen Region Tibet für kulturelle Gedenkstücke. Eines der "Prunkstücke" der Ausstellung ist die Photographie einer "Skulptur des Tubo-Königs Songtsan Gambo" sowie ein traditionelles chinesisches Gemälde des berühmten Tang-Künstlers Yan Liben, das "eine 1.300 Jahre alte Geschichte erzählt". Das Bild zeigt Kaiser Taizong, der "dem Gesandten Songtsan Gambo, der um die Ehe mit einer Tang-Prinzessin nachsucht, eine Audienz gewährt". Die Tochter Wen Cheng des Kaisers wurde später die Frau des Tubo-Königs. Bei ihrer Übersiedlung nach Tibet wurde sie "laut historischen Berichten von einer großen Anzahl von Handwerkern begleitet", die "fortgeschrittene Technologie aus Zentralchina einführen".

Andere Ausstellungsstücke umfassen Siegel und kaiserliche Edikte der Yuan-Dynastie, die "zeigen, daß Tibet seit dem 13. Jahrhundert offiziell Bestandteil des chinesischen Territoriums war. Tibetische Beamte wurden direkt durch die Zentralregierung ernannt." Die Ausstellungsstücke aus der Yuan-Dynastie werden durch Wertgegenstände der Ming-Dynastie und der Qing-Dynastie ergänzt. Insbesondere wird auf das Bronzesiegel des letzten Qing-Beamten Lian Yu verwiesen. Lian hatte darüber hinaus eine Zeitung gegründet, die in tibetischer Sprache gedruckt wurde. Ein Exemplar dieser Zeitung ist ebenfalls ausgestellt. Ausstellungsgegenstände jüngeren Datums sind insbesondere Photographien, so ein Photo des jungen 14. Dalai-Lama mit Guomindang-Beamten (1946) sowie ein Siegel, das durch die Nationalistische Regierung dem Regenten des Dalai-Lama überreicht worden war, und ein Jadestück, das dem Dalai-Lama durch Mao Zedong vermacht worden war. Schließlich wird als letztes "Beweisglied" der Kette das Abkommen zwischen der Zentralen Volksregierung und der örtlichen Regierung Tibets vom Mai 1951 ausgestellt. (XNA, 18.11.87) -ma-

*(15)

Berufswünsche

Eine Meinungsumfrage unter gut 14.000 14 Jahre alten Kindern in Beijing nach den zukünftigen Berufswünschen ergab folgendes Ergebnis. 16,2% wollen Lehrer werden, 15% Arbeiter, 14,3% Techniker oder Wissenschaftler, 14,1% Soldaten, 12,9% Bauern, 5,9% Ärzte oder Krankenpflegepersonal, 4,9% Selbständige, 4,2% Verwaltungsbeamte, 3,7% Künstler oder Sportler und 3% Verkäufer. Auf die Frage, welchen Berufsstand sie am meisten bewunderten, antworteten 22,7% der Kinder Lehrer und Ärzte, 20,3% Arbeiter, 17,1% Wissenschaftler, 12,6% Staatsmänner und Denker, 7,2% Sportler, 7,2% selbständig Beschäftigte mit einem Einkommen von mehr als 10.000 Yuan jährlich und 4,7% Filmstars.

Mehr als vier Fünftel der Kinder sagten, "daß sie zur Modernisierung Chinas einen Beitrag leisten wollten", während nur 7,7% das Geldverdienen als das wichtigste ansahen. Im Vergleich zu früheren Umfragen unter den Studenten, älteren Schülern und anderen jungen Erwachsenen zeigt die Umfra-

ge unter den 14jährigen deutliche Abweichungen, die durch den offensichtlich noch vorhandenen kindlichen Idealismus bedingt sind. (XNA, 19.11.87) -ma-

*(16)

Hilfe für Armutgebiete

Chinas Staatsrat hat im November 1987 die örtlichen Behörden des Landes erneut aufgefordert, mehr zu tun, um sicherzustellen, daß Familien, die gegenwärtig unterhalb der Armutsgrenze leben, bis 1990 ausreichend mit Nahrungsmitteln und Bekleidung versorgt werden." Trotz deutlicher Verbesserungen während der letzten sechs bis acht Jahre und trotz einer erheblichen Anhebung des allgemeinen Lebensstandards "lebt immer noch eine große Anzahl von Menschen unter Armutbedingungen". Laut statistischen Angaben des Staatsrates zählen zur Zeit rd. 200 Kreise, d.h. ein Zehntel aller Kreise, zu den sogenannten "armen Kreisen", in denen "das Jahreseinkommen der bäuerlichen Familien weniger als 200 Yuan pro Person beträgt". Die große Mehrzahl dieser Kreise liegt in Berg- und Grenzgebieten sowie in Gegenden, die von ethnischen Minderheitsgruppen bewohnt werden. Nach Ansicht des Staatsrates müssen die Anstrengungen vermehrt werden, um von bloßen sozialen Wohlfahrts- und Hilfemaßnahmen wegzukommen. Statt dessen soll "Unterstützung zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in diesen Gebieten geleistet" werden. Die größte Problematik liegt zur Zeit darin, daß "sich die Tätigkeit in verschiedenen Regionen unterschiedlich entwickelt hat und daß soziale Wohlfahrtsmaßnahmen noch nicht die einzelnen Haushalte erreicht haben". In Zukunft gehe es daher darum, vorrangig "die Warenwirtschaft zu entwickeln, indem man die örtlichen Möglichkeiten voll ausnutzt". In diesem Zusammenhang erwähnt der Staatsratsbericht ein Programm, 2.000 Kader für insgesamt rd. 300 von Armut betroffene oder bedrohte Kreise bis Mitte 1988 auszubilden. Darüber hinaus sollen "fähige Menschen aus anderen Teilen Chinas ermutigt werden, sich für Entwicklungsprojekte in diesen Gebieten vertraglich zu verpflichten". (XNA, 16.11.87) -ma-

*(17)

Schutzwaldgürtel

Die Bemühungen um die systematische Aufforstung eines Schutzwaldgürtels - "große grüne Mauer" - in den Grenzgebieten Nord- und Nordwestchinas zeigt nach offiziellen Angaben erste Ergebnisse. Dies gilt insbesondere für die Hauptstadt Beijing, in der sich die Staubablagerungen aufgrund des Schutzwaldes von 1979 25,1 t je qkm auf 1986 21 t verringert haben. Der entsprechende Luftstaub fiel von 0,73 mg pro cbm Luft auf 0,59 mg. "Beijings Klima hat sich aufgrund der Baumanpflanzungen und der Aufforstung während der letzten Jahre deutlich verbessert." Die "Arbeit an der großen grünen Mauer begann 1978, und sie ist 2.600 km lang. Der Schutzwald ist unterschiedlich breit - zwischen 10 km und 600 km. Er erstreckt sich vom Kreis Binxian in Heilongjiang über die autonome Region Innere Mongolei und die Provinz Hebei in Nordchina bis zum Kreis Zhongwei in der autonomen Region Ningxia-Hui im Nordosten."

Abgesehen von der geringeren Staubablagerung ist in Beijing auch eine deutliche Verringerung der Zahl der Tage mit starkem Wind einfall festzustellen. Während der 70er Jahre ergab sich ein Jahresdurchschnitt von 36,1 Tagen, der gegenwärtig auf 19,7 Tage zurückgegangen ist. (XNA, 6.11.87) -ma-

*(18)

Auflösung traditioneller Familienformen

In den städtischen Gebieten Chinas sind die traditionellen familiären Wert- und Verhaltensvorstellungen - zumindest in ihren extremen Ausprägungen - allmählich im Verschwinden begriffen. Dies geht aus einer Befragung hervor, die unter Mitgliedern mehrerer Tausend Familien in Guangzhou vorgenommen wurde. Die Ergebnisse dieser Befragung zeigen, daß 61,9% der Befragten der Ansicht sind, "es sei ebenso wichtig, das Selbstwertgefühl eines Erwachsenen zu respektieren wie das eines 15 Jahre alten". Offensichtlich geht es hier um die Frage von Diskussionen innerhalb der Familie zwischen den Eltern und Kindern. 80,3% der Befragten waren der Meinung, daß das Recht, einen Ehepartner zu wählen, bei den Betroffenen liegen solle. Diese Ansicht wird durch die

Tatsache gestützt, daß "mehr als die Hälfte der 40.000 neu Vermählten des letzten Jahres sich eigenständig kennengelernt hatten, während ein Großteil der anderen durch Heiratsvermittler eine freie Vermählung hatte".

Ein weiterer Trend, der die Veränderung im städtischen Familienleben des Landes anzeigt, ergibt sich aus der "Aufteilung von Haushaltsaufgaben zwischen Ehemann und Ehefrau, seit mehr und mehr Frauen berufstätig geworden sind". 91% der befragten Frauen antworteten, daß "sie die Familie und den Beruf für gleich wichtig halten". Insgesamt stellt der Bericht fest, daß "der alte Typ der chinesischen Familie, in der verschiedene Generationen zusammenlebten, sich auflösen beginnt". Laut eines kürzlichen Berichts ziehen es 79% der jungen Menschen in der Stadt vor, nach der Hochzeit getrennt von ihren Eltern zu leben. Hierfür hätten viele Eltern Verständnis. (XNA, 16.11.87) -ma-

Kultur

*(19)

Reaktion des Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden auf dem 13.Parteitag

Bereits vier Tage nach dem Ende des 13.Parteitages veranstaltete der Verband der Literatur- und Kunstschaffenden in der Hauptstadt für seine Mitglieder eine Sitzung, auf der ein Resümee des 13.Parteitages gezogen werden sollte. Unter dem Vorsitz des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden Lin Mohan hatten sich knapp 200 Mitglieder versammelt, um die offiziellen Stellungnahmen der Vertreter der in dem kulturellen Dachverband zusammengeschlossenen Einzelverbände zu hören (vgl. RMRB u. GMRB, 6.11.87). Alle Redner äußerten sich höchst zufrieden über Geist und Atmosphäre des Parteitages.

Zhao Ziyang hatte in seinem Bericht auf dem Parteitag Fragen der Literatur und Kunst nicht direkt angesprochen, und so beschränkte man sich darauf, den Literaten und Künstlern die theoretischen Aussagen Zhao Ziyangs zu erläutern und ihnen Anweisungen zu geben, wie der Geist des 13.Parteitages in

Literatur und Kunst zu verwirklichen sei. Dabei ging es vor allem darum, die Aufgaben der Literaten und Künstler im Rahmen der gegenwärtigen Reform- und Öffnungspolitik sowie beim Aufbau der sozialistischen geistigen Zivilisation zu formulieren.

Die Schriftsteller und Künstler, so wurde gefordert, hätten an der Richtung, dem Sozialismus und dem Volk zu dienen, und an der "Doppel-Hundert"-Richtung festzuhalten; ferner sollten sie sich aktiv an den Reformen beteiligen und selbst Praktiker und Förderer der Reformen sein. Hauptaufgabe der Literaten und Künstler jedoch sei es, die Reformen in ihren Werken widerzuspiegeln und zu besingen. Der bekannte Maler Wu Zuoren rief die Künstler dazu auf, ihre Aufgaben neu zu überdenken und in ihrer Kunst die Reformen widerzuspiegeln; dies sei die beste Art und Weise, den Geist des 13.Parteitages zu verwirklichen. Darüber hinaus forderte er, sich intensiver mit Problemen zu befassen, die alle Künstler angehen, wie z.B. das Verhältnis zwischen Tradition und Erneuerung oder zwischen nationalen und kosmopolitischen Charakteristika.

Andere wiesen darauf hin, daß die Reform auch vor der Organisation des Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden nicht halt machen dürfe. Die Einzelverbände müßten in einem ständigen Dialog stehen und die Zusammenarbeit untereinander stärken.

Zur Gesamtlage der Literatur und Kunst hieß es, daß seit 1978 zwar viel erreicht worden sei, daß aber, gemessen an den Forderungen der Partei, der Lage der gegenwärtigen Reform und Öffnung sowie den täglich wachsenden kulturellen Bedürfnissen der Massen, noch deutliche Defizite bestünden.

Die Veranstaltung des Verbandes der Literatur- und Kunstschaffenden muß als eine Art Pflichtübung angesehen werden, bei der es galt, die Literaten und Künstler auf ihren politisch-moralischen Auftrag im Sinne der Partei zu verpflichten. Damit ist ein weiteres Mal klar geworden, daß sich der Verband nicht als unabhängiges Organ versteht, das die Interessen seiner Mitglieder vertritt, sondern daß er seine Aufgabe in erster Linie darin sieht, seine Mitglieder auf die parteipolitischen Vorgaben auszurichten. Vor dem Hintergrund, daß die

Mehrzahl der Schriftsteller und wahrscheinlich auch der bildenden und darstellenden Künstler seit einiger Zeit kein Interesse mehr an dem Reformthema zeigen (vgl. dazu C.a., 1987/8, Ü 24), kommt dem neuerlichen Appell an die Literaten und Künstler, in ihren Werken die Reformen widerzuspiegeln, besondere Bedeutung zu.

Angesichts des Überdrusses an dem Reformthema in Literatur und Kunst auf der einen und den Forderungen der Partei auf der anderen Seite versucht ein Artikel in der *Volkszeitung* vom 3.11.87 unter der Überschrift "Neue Blickfelder erschließen, in neue Bereiche vordringen", Schriftstellern und Künstlern die Reformen unter Hinweis auf die Vielseitigkeit der Thematik schmackhaft zu machen. Die Reform- und Öffnungspolitik habe die Künstler vor eine Fülle neuer Themen gestellt, das gesellschaftliche Leben habe völlig neue Inhalte bekommen, und die neuen Verhältnisse und neuen Probleme seien oft geradezu verwirrend. Hier gelte es für die Literaten und Künstler, auf der Grundlage des Marxismus Stellung zu beziehen hinsichtlich der ideologischen Implikationen und moralischen Maßstäbe, mit denen diese neuen Dinge und Verhältnisse zu bewerten seien. -st-

*(20)

Akademische Grade

Seit Wiedereinführung akademischer Grade in China im Jahre 1981 ist die Zahl der vergebenen akademischen Grade ständig gestiegen. Bis Ende 1986 sind in China 53.331 Magistertitel und 664 Dokortitel verliehen worden. Gegenwärtig sind in China 1.830 wissenschaftliche Einrichtungen berechtigt, den Doktorgrad zu verleihen, 6.407 Einrichtungen sind autorisiert, den Magistertitel zu verleihen, und 578 Hochschulen können den Grad eines Bachelor vergeben. Diese Zahlen wurden nach einer Sitzung des Komitees für akademische Grade bekanntgegeben. Wie der stellvertretende Leiter des Komitees He Dongchang erläuterte, habe China vor 1949 nur sehr wenige Postgraduierte ausgebildet; man habe nur wenige Magistertitel und keinen einzigen Dokortitel selbst verliehen. Die Fähigkeit Chinas, nunmehr selbständig auf allen Gebieten für die Modernisierung benötigte hochqualifizier-